

DR. MARTIN BARTENSTEIN
Bundesminister



Präsidentin des Nationalrates
Mag. Barbara PRAMMER

Parlament
1017 Wien

XXIII. GP.-NR
4140 IAB

20. Juni 2008

zu 4287 /J
Wien, am 11. Juni 2008

Geschäftszahl:
BMWA-10.101/0123-IK/1a/2008

In Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 4287/J betreffend „Rückläufige Entwicklung bei der Direktvermarktung“, welche die Abgeordneten DI Dr. Wolfgang Pirkhuber, Kolleginnen und Kollegen am 8. Mai 2008 an mich richteten, stelle ich fest:

Antwort zu Punkt 1 der Anfrage:

Nachdem nunmehr laut einem Schreiben der Wirtschaftskammer Österreich eine Einigung zwischen der Wirtschaftskammer Österreich und der Landwirtschaftskammer Österreich über den konkreten Inhalt einer Verordnung gemäß § 2 Abs. 3a der Gewerbeordnung 1994 erfolgt ist, kann und wird das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit die erforderlichen Schritte zur Erlassung dieser Verordnung in die Wege leiten.

Antwort zu Punkt 2 der Anfrage:

Hierbei handelt es sich primär um eine Fragestellung aus dem Bereich der Sozialversicherung, für die keine Zuständigkeit des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit besteht.

